

MÜNDLICHE ANFRAGE H-0430/07  
für die Fragestunde während der Juni-Tagung 2007  
gemäß Artikel 109 der Geschäftsordnung  
von Zdzisław Zbigniew Podkański  
an die Kommission

Betrifft: Europäische Verfassung

2005 lehnten die Bürger Frankreichs und der Niederlande in einem Referendum – und folglich durch eine kollektive Entscheidung, die auf eine Art gefasst wurde, die dem Ideal der direkten Demokratie so nahe wie möglich kommt – den Vertrag über eine Verfassung für Europa ab. Dieser Vertrag zielt darauf ab, die Souveränität der Mitgliedstaaten, insbesondere der kleineren Mitgliedstaaten, einzuschränken. Die Bürger der fraglichen Länder sind sich voll bewusst, dass ihre Entscheidungen respektiert werden müssen. Weshalb schenken die Politiker dann Entscheidungen, die von Nationen gefasst werden, deren Bevölkerung Millionen Menschen umfasst, so wenig Beachtung, und setzen ihre Bemühungen fort, einen unerwünschten Vertrag durchzusetzen? Wie hoch waren die Kosten für diese Anstrengungen bisher und welche Beträge wurden für die Fortsetzung dieser Arbeit bereitgestellt? Würden diese Mittel nicht besser für andere in sozialer Hinsicht wichtige Ziele ausgegeben?

Eingang: 05.06.2007  
pl